

Nr. 1

S O Z I A L D E M O K R A T I S C H E R  
P R E S S E D I E N S T

Braunschweig, Schliesafach 399

---

Nr. 1 - 7. Mai 1946

Parteitag der SPD

---

Eine Vorschau

Die besondere Stellung, die die Sozialdemokratische Partei nach dem Zusammenbruche des Hitler-Regimes unter den politischen Gruppierungen in Deutschland einnimmt, kommt erneut in dem ungewöhnlich starken Interesse zum Ausdruck, das sich jetzt dem Parteitag zuwendet, der vom 9. bis zum 11. Mai in Hannover stattfindet. Auf dieser Tagung wird zum ersten Male nach einer langen Reihe von Jahren das Mitglied selbst durch den Mund des von ihm bestimmten Delegierten zu Worte kommen. Alle Bezirke in den drei westlichen Zonen Deutschlands haben Delegierte gemeldet und auch aus Berlin werden etwa zwanzig Teilnehmer erwartet. Dieser Parteitag ist also berechtigt, gültig und bindende Beschlüsse zu fassen, die die Politik der SPD umreißen und im einzelnen festlegen werden. Sie werden den Parteivorstand wählen und die Kontrollkommission und werden den Sitz der Parteileitung bestimmen. Mit diesem Akt, der im Mittelpunkt des Tagungsprogramms steht, wird die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die auch während der Nazizeit niemals aufgehört hat zu bestehen, auch im Lande wieder konstituiert sein.

Gerade weil man weiss, im Inland und im Ausland, wie klar und nach demokratischen Prinzipien sorgfältig durchgebildet die Organisation der SPD ist, wie diszipliniert ihre politischen Massnahmen und Entscheidungen zu sein pflegen, gerade deshalb wird der Partei eine solche Bedeutung zugemessen, in der sie als der kräftigste Träger eines neuen Deutschlands erscheint und als der sicherste Garant einer Politik, die den Frieden wahrt und die Wohlfahrt aller Menschen zum Ziele hat.

Der hannoversche Parteitag der SPD wird über das neue Statut der Partei zu beschliessen haben. Die Partei übernahm nicht nur ihren alten Namen, sondern auch die unveränderlichen Grundzüge ihres Programms, das freilich auf die gegebenen Verhältnisse abgestellt sein muss. "Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie" müssen heute neu geklärt und abgegrenzt werden. Das bedeutet nicht, dass der Parteitag schon jetzt ein endgültiges Programm verabschieden kann. Er wird sich auf die dringendsten Forderungen des Tages beschränken müssen, die eine sofortige Aktion verlangen.

Dabei steht die "Sozialistische Wirtschaftspolitik" im Vordergrund, über die der Generalsekretär des Zentralamtes für Wirtschaft (Deutscher Wirtschaftsrat) in Minden, Dr. Agartz referieren wird.

Es kann kein Zweifel sein, dass die Sozialdemokratische Partei von 1946 mit weit klarerem Blick als je vorher die Möglichkeiten der Sozialisierung in Deutschland sieht, die sich heute bieten und die Notwendigkeit erkennt, sie auszunutzen. Es darf sich niemand darüber täuschen, dass die Forderung nach einer sozialistischen Wirtschaftspolitik, die auf dem Parteitag mit Nachdruck erhoben werden dürfte keine pathetische Deklamation sein wird, sondern eine nüchterne, der Wirklichkeit in Deutschland und den Lebensbedingungen des deutschen Volkes durchaus und vollkommen entsprechende aktuelle Pflicht die unmittelbar und ohne Umschweife zu erfüllen sein wird.

Die besondere Stellung, die die SPD in Deutschland heute einnimmt und die ihr in der breiten Masse der Bevölkerung nach Empfinden und Vernunft mit Recht zugewiesen wird, verpflichtet sie zu konsequenter Abgrenzung ihrer politischen Auffassungen gegenüber denen anderer Parteien und Gruppen. Es darf kein Verwischen der Grenzen geben, wenn jetzt der Weg vorgezeichnet wird, auf dem die Sozialdemokratie die Deutschen wieder zu einem Staat des Rechtes, der Freiheit, der persönlichen Sicherheit und der sozialen Gerechtigkeit führen will. Je stärker die Delegierten in Hannover die Sendung der sozialistischen Partei empfinden werden, umso nachdrücklicher werden sie die Partei und das Programm vor Verfälschungen und unwahren Kommentaren zu schützen bestrebt sein. Das aber bedeutet Entschiedenheit in der Formulierung wie im Wollen und Tun und Klarheit im Bekenntnis der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit. Dann und nur dann kann die Sozialdemokratie der Gefolgschaft der Millionen in Deutschland sicher sein, die heute zu verzweifeln drohen, für deren Glück sie wirkte, in Jahrzehnten harter Arbeit und in vielen Jahren schärfster Verfolgungen und wieder wirken wird, heute und in den kommenden Jahren eines zähen aber am Ende doch erfolgreichen Ringens um ein neues Deutschland und eine neue Welt der brüderlichen Gesinnung und Tat.

#### Koalitionsregierung in Braunschweig

Drei Sozialdemokraten, ein Kommunist und ein Mitglied der CDU bilden das neue Kabinett des Landes Braunschweig, das am 7. Mai dem Braunschweiger Landtag vorgestellt wurde. Ein Landwirtschaftsminister wird noch berufen werden. Es ist ein ernanntes, noch nicht ein aus Wahlen hervorgegangenes Kabinett, das unter dem Vorsitz von Alfred Kubel (SPD) gebildet wurde und das die Zustimmung der Militärregierung fand. Die politischen Parteien hatten freilich Gelegenheit, nachdem ihre Stärke nach der Zahl der eingeschriebenen Mitglieder festgestellt worden war, die Kandidaten für die Ministersitze zu benennen, und der Hauptausschuss des Landtages hat sein Amt als beratende Körperschaft in vollem Umfange auszuüben vermocht.

An die Stelle der Abteilungen des bisher von einem Staatsminister geleiteten Verwaltungsapparates des Landes Braunschweig treten wieder selbständige Ministerien. An ihrer Spitze stehen die politischen verantwortlichen Minister, denen die fachlichen Ministerialdirektoren zur Seite stehen, die nur Beamte sind. An der Spitze der Verwaltung des Landes steht der Landesdirektor, ebenfalls unter der Verantwortung des Ministerpräsidenten. Die politische und die fachliche Verantwortung sind in dieser von britischer Seite bestimmten Ordnung klar unterschieden.

Das Kabinett in Braunschweig ist das erste in der britisch besetzten Zone Deutschlands, das seine politische Arbeit zum Neubau des Landes aufzunehmen vermag. Es steht unter dem starken Einfluss der Sozialdemokratie, der auch der Landesdirektor, der bisherige Ministerpräsident Schlebusch angehört.

## Der Fall Iran.

Von Dr. Heinz Mundhenko

Der Verfasser hat als deutscher Korrespondent eine Reihe von Jahren im Nahen Osten gelebt. - Red.

Es ist nicht das erste Mal, dass Iran in den Mittelpunkt der hohen Politik gerückt ist, und wenn sich heute wieder die Augen der Welt auf dieses Land richten, dann ist dies ein Beweis für die folgenschwere Tragweite einer manchmal geradezu revolutionär anmutenden Entwicklung die in erster Linie durch geographische, geopolitische, strategische und wirtschaftliche Faktoren ausgelöst wurde. Allein die Tatsache, dass die dem Weltsicherheitsrat nahestehenden Kreise die endgültige Klärung der "Iran-Frage" als "schwierig" bezeichnen, ist ein Beweis für die internationale Bedeutung dieses Problems.

Im Wettstreit um die Vorrangstellung im Mittleren Osten hat Iran (früher Persien) bereits um die Wende des 20. Jahrhunderts eine starke Anziehungskraft auf England und Russland ausgeübt. Zwar trafen die beiden Grossmächte im Jahre 1907 ein Abkommen, in dem sie ihre Einflusssphären im Norden und Süden des Landes festlegten; aber dieser Pakt, der historisch betrachtet eine der wesentlichen Voraussetzungen für das britisch-russische Bündnis vor Ausbruch des ersten Weltkrieges schuf, wurde in dem Augenblick von den Zeitläufern überholt, als das osmanische Kaiserreich als wichtigster Säulenträger der europäisch-asiatischen Länderbrücke zusammenstürzte und nationale Elemente eine Bewegung entfesselten, die in ihrem Endziel auf die völlige Unabhängigkeit der Nachfolgestaaten hinauslief. Diese Verpflichtung feuerte die junge Generation umso mehr an, als Iran in der kometischen Türkei ein ebenso wagemutiges wie anschauliches Vorbild bewies. Durch einschneidende Reformen wollte man die Fehler und verhängnisvollen Auswirkungen einer Vergangenheit ausmerzen, die in ihrer Blutleere und ihren erstarrten Prinzipien den Niedergang eines Staatswesens beschleunigten, den eine willenslose und schwächliche Führung heraufbeschworen hatte. Der Ablauf der Ereignisse wurde zweifellos durch die europäische Krise begünstigt.

Die Epoche der nationalen Wiedererstarkung Irans begann 1925 mit der Absetzung der überalterten Kadscharon-Dynastie und der Proklamation des Ministerpräsidenten Risa Chan zum Staatsoberhaupt. Durch die Einführung der allgemeinen Wehr- und Schulpflicht wurde nicht nur der politische, wirtschaftliche und kulturelle Neuaufbau im Innern gefördert, sondern auch in der Aussenpolitik errang das neue Regime Erfolge, die ihren ersten sichtbaren Niederschlag in der Unterzeichnung von Freundschaftspakten mit den Nachbarstaaten fanden. Den aussenpolitischen Höhepunkt bildete zweifellos der 1937 zwischen Iran, der Türkei, Afghanistan und dem Irak abgeschlossene Vertrag von Saadabad, der als Grundforderung die uningeschränkte Souveränität der Partner und ihre gegenseitige Hilfeleistung im Falle von Verwicklungen mit raumfremden Mächten zum Inhalt hatte. Zwar hat dieser Vertrag niemals seine Probe bestanden, dennoch lässt sich nicht bestreiten, dass die iranische Delegation vor dem Weltsicherheitsrat ihre Haltung aus dem in Saadabad vertretenen Thesen entwickelte.

In seiner Eigenschaft als Torhüter Indiens nahm man seit jeher in London regen Anteil an den Vorgängen in Iran, und da Moskau nicht minder interessiert war, so ergibt sich aus diesem Sachverhalt zwangsläufig die Notwendigkeit, im Lande des Schahs nicht nur stabile Verhältnisse auf dem Verhandlungswege zu schaffen, sondern auch alle im Bereich der Möglichkeit liegenden Konfliktstoffe auszuschalten. Diese Forderung hat heute einen umso grösseren Anspruch auf Erfüllung, als die wirtschaftliche Erschliessung Irans noch lange nicht ihren Endpunkt erreicht hat. Die Erdölproduktion bildet auch heute noch das wirtschaftliche Rückgrat des Landes, und mit dem ständig fortschreitenden Ausbau der Häfen und des Verkehrsnetzes - die transiranische Bahn, die den Persischen Golf mit dem Kaspischen Meer verbindet, weist bereits lange Abzweigungen in die westlichen und östlichen Provinzen auf - haben sich neue Möglichkeiten der Leistungssteigerung ergeben. Im Buch der neuzeitlichen Weltgeschichte gehört das Kapitel "Der Kampf um das persische Erdöl" zweifellos mit zu den spannendsten. Der Schlüssel zum Verständnis dieses Abschnittes liegt in der Tatsache, dass die Kräfte des persischen Volkes noch nicht ausreichen, um die Bodenschätze mit eigenen Mitteln zu heben. Wohl gelang es der Führung, den Strom fremden Kapitals einzudämmen, doch wurde diese Abwehraktion durch den Krieg wieder unterbunden, und die militärischen Erfordernisse der Grossmächte bedingten wiederholt Überprüfungen und Korrekturen der zwischen der Regierung in Teheran und den ausländischen Ölgesellschaften abgeschlossenen Verträge. Neben England, den USA, Holland und Frankreich ist seit kurzem auch die Sowjet-Union als Geschäftspartner auf den Plan getreten, und die langwierigen Verhandlungen über die Gründung einer russisch-persischen Ölgesellschaft waren ein aufschlussreicher Gradmesser für die Stärke des wiedererwachten persischen Nationalbewusstseins.

Als Europäer ist man leider nur allzu sehr geneigt, die internationalen Geschehnisse von der Warte unseres Kontinentes zu betrachten und zu beurteilen, wobei gleichzeitig die Gefahr vorhanden ist, die eigenen Angelegenheiten ständig in den Vordergrund zu schieben. Der Fall Persien ist ein Musterbeispiel für die Erkenntnis, dass es auch ausserhalb unseres Erdteiles zahlreiche Probleme gibt, die der Lösung harren, zumal es sich hierbei durchweg um Fragen handelt, die allein in ihrem räumlichen Ausmass die durchschnittlichen europäischen Begriffe und Vorstellungen bei weitem übertreffen. Hält man sich diese Tatsachen vor Augen, dann erkennt man sofort die ganze Schwere des politischen Gewichtes der vor kurzem in New York entbrannten Persien-Debatte. Wie der "Iran-Fall" auch im einzelnen verlaufen mag, feststeht, dass ein positives, allgemein befriedigendes Ergebnis dem Weltfriedensrat und damit zugleich dem Weltfrieden nur zum Vorteil gesichert kann.

Die Tragödie des 20. Juli 1944  
-----

Alle Veröffentlichungen, die bisher über die Vorbereitung und die Ereignisse des 20. Juli 1944 erschienen sind, haben gemeinsam, dass sie jeweils nur einen Ausschnitt aus dem Gesamtgeschehen behandeln. Das ist nicht anders möglich. Denn jeder Teilnehmer, der das grässige Morden der Gestapo nach dem mißlungenen Attentat überlebt hat und heute berichtet, kannte nur einen Teil des Ganzen, den, in dem er gerade mit tätig war. Die Männer, die einen grösseren Überblick hatten, sind tot. Sicher hat niemand alle Fäden, die in jahrelanger mühsamer Arbeit gesponnen worden waren, zu übersehen vermocht, weil die Aktion zwar als Einheit gedacht, aber in verschiedenen Kreisen vorbereitet wurde, die miteinander nur in ihren Köpfen in Verbindung standen. Was Generaloberst Beck und seine Offiziere, was die Männer um Graf Moltke, die um Gördelner und die um Leuschner und Julius Leber im einzelnen getan haben, das darzustellen wäre noch eine notwendige Vorarbeit. Erst danach liesse sich eine zusammenhängende und zuverlässige Geschichte dieser grössten aber keinesfalls einzigen Aktion schreiben, die aus dem unaufhörlichen Widerstand gegen Hitlers Regime entstanden ist.

Emil Henk, einer der Mitarbeiter im Kreis um Leuschner, hat im Verlag Adolf Rausch in Heidelberg einen "Beitrag zur politischen Vorgeschichte" geschrieben, den er "Die Tragödie des 20. Juli 1944" nennt. Auf 63 Seiten gibt er eine übersichtliche und auch schon in Hintergründe hineinleuchtende Darstellung der Ereignisse, wie er sie kennt und nach sorgfältiger Erwägung wertet. Das Hoffen liest sich mit grösster Spannung. Es ist bei der angedeuteten Lage unausweichlich, dass Henk manches in einer durchaus individuellen Schau sieht. Uns will scheinen, dass er Lebers Rolle und Wesen zum Beispiel falsch beurteilt und in Einzelheiten auch nicht immer vollständig über die Motive mancher Massnahmen unterrichtet ist. Das ist bei aller Sorgfalt, deren der Verfasser sich befleissigt, nicht zu vermeiden, denn es war ja das Prinzip der Verschwörer, dass sie ihr Tun geheim hielten und immer wieder tarnten, auch gegen Freunde, nicht zuletzt zu deren eigenen Schutz. Henks Beitrag ist umfassender als irgend eine andere bisher bekannte Darstellung jener verzwickten und verzwickten Vorgeschichte. Er ist auch objektiver und er ist, was nicht zu sagen versäumt werden darf, ein würdiges Denkmal für die Männer, die ihr Leben für ein freies Deutschland wagten und verloren.

Fritz Sanger

## Von der Wahrheit zur Freiheit

### Eine Buchbesprechung

Im Verlag H. Vorsmann, Iserlohn, veröffentlicht Pastor Max Lackmann nach der Heimkehr aus Dachau unter dem Titel: "Die Wahrheit wird Euch freimachen" und "Schuld und Gnade" fünf Predigten und Vorträge. Nach vierzig Monaten Gefangenschaft in der KZ-Hölle von Dachau widmet er die Schriften dem Gedächtnis ermordeter Geistlicher und erhebt eine gerechte, in ihrer Wahrhaftigkeit vernichtende Anklage gegen das System der Unmenschlichkeit des Nationalsozialismus. Er geißelt "die enthüllte Schande deutscher Konzentrationslager, die Charakter- und Gewissenlosigkeit und Feigheit von Millionen deutscher Männer und Frauen und die namenlose sittliche Verirrung unserer Führung in Politik und Wehrmacht." Nur das offene Aussprechen und das Bekennen der Schande führt zur Überwindung fauler Träumereien und Illusionen des ewigen deutschen Michel. "Schuld kann nicht weggeredet, unsere Schwachheit nicht weggelehrt, unser Brotmangel nicht weggezaubert werden." Deshalb kommt Lackmann zu dem Mahnruf: "Nur die Wahrheit kann Euch freimachen." Er, der es erlebt hat, was es heisst, "ein KZ-Schwein zu sein, wie ein Tier eingepfercht, getreten, geschlagen und gejagt zu werden", kann seine Stimme heute umso berechtigter erheben, um das Volk aufzurufen, auch die soziale Not unserer Zeit im menschlichen Zueinanderstehen zu überwinden. Grossartig, voll menschlichsten Tatkristentums sind seine Worte in dem Kapitel "Der Kellermensch". Hier schildert er aus eigenem Erleben der Trümmerfelder der deutschen Grossstädte die Schmerzenslager der Siechen, Obdachlosen, Flüchtlinge und heimkehrenden Kriegsgefangenen in der Dunkelheit zerbombter Häuser und Kellerlöcher. Er ruft nicht zu billigem Mitleid auf, sondern zu Mithilfe, auch "wenn die Luft da drunten uns den Atem verschlägt und auch das kalte Wehen des Todes in unser eigenes Leben dringt." Er schreibt: "Es kommt darauf an, dass ihr unten sitzt bei den Kellermenschen, an ihrem Tisch und Bett, dass ihr den Verwesungsgeruch ihres Lebens in die Nase bekommt: wir sollen ihre Not abstellen. Das ist menschlich".

Hier masst sich kein Kirchenführer politische Rechte an, sondern er will mit Wort und Tat Zeuge der Wahrheit sein, die das Fundament unseres Neuaufbaues auf menschlicher, d.h. demokratischer Grundlage sein muss.

An diesen Bekenntnissen ist nicht vorüberzugehen. Wenn Lackmann, der nicht den Ehrgeiz hat, über den Kreis seiner geistlichen Amtes hinaus zu wirken, über seine Befreiung aus dem KZ Dachau und die Zustände dort schreibt, dann gibt es keinen Zweifel: "Hinter mir zurücklassend Hunderttausende von toten Kameraden, gehängt, gehungert, erschossen, erstickt, vergiftet... alles so wie ihr im Radio zu hören bekommen habt und in den Zeitungen zu lesen. Nur noch viel grauerhafter!" Und zur höchsten Anklage gegen alle, die heute vielleicht noch nicht frei sind von faschistischer Begisterung, muß er aus den Tagen des Zusammenbruchs bezeugen: "Ich weiss, daß unsere sogenannten Führer in den letzten Wochen im Berghof Freudenfeste gefeiert und BDM-Mädchen zu sich kommandiert und in Sekt gebadet haben." Aber eine Hoffnung klingt dennoch in ihm auf: "Wir haben oft hinter dem elektrischen Stacheldraht darüber gesprochen: wenn das dritte Reich zusammengebrochen ist, dann werden sie draussen genug haben von allen totalen Systemen und allen Sühnungen an Menschen." - Lackmanns kleine Schriften sind Dokumente unserer Zeit und Aufbausteine aus deutscher Not.

Heinz Krüger